

Vertrauen in Rechtsstaat muss zurückgewonnen werden

Am 27. Januar 2016 wurde der „Untersuchungsausschusses Silvesternacht 2015“ durch den Landtag Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht haben riesen Schaden hinterlassen – bei den Opfern, beim Vertrauen unser Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat und für das Debattenklima in unserem Land.

Vor diesem Hintergrund wird die zentrale Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, die vielen offenen Fragen umfassend aufzuklären und zu beleuchten, wie es dazu kommen konnte. Dafür haben wir einen umfassenden Einsetzungsbeschluss entwickelt. Die Opfer haben ein Recht darauf zu erfahren, wer im Einzelnen die Verantwortung für diese schrecklichen Ereignisse trägt. Die Opferperspektive einzunehmen, heißt zu allererst einmal, dafür zu sorgen, dass so etwas nicht in unserem Land passiert.

Der Wille zur vollumfänglichen Aufklärung und die Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen, sind beim Innenminister und bei der Ministerpräsidentin bis jetzt nicht vorhanden. Von den zahlreichen Fragen der Opposition konnte die Landesregierung keine zufriedenstellend beantworten.

Innenminister Jäger hat nach seinen offenkundigen Widersprüchen in seiner Darstellung der Ereignisse wesentlich dazu beigetragen, dass dieser Ausschuss eingesetzt werden musste.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Biesenbach, wird für den Vorsitz im „Untersuchungsausschuss Silvesternacht 2015“ vorgeschlagen. Seinen Vorsitz im Untersuchungsausschuss zur WestLB wird er dafür abgeben.

Als ordentliche Mitglieder hat die CDU-Fraktion Ina Scharrenbach, Christian Möbius und Robert Stein bestimmt. Ina Scharrenbach soll Sprecherin der CDU-Fraktion werden.

Gregor Golland, Ralf Nettelstroth und Werner Lohn wurden als stellvertretende Mitglieder nominiert.

Haushaltsabschluss 2015:

SPD-Finanzminister überschätzt sich um knapp 500 Millionen Euro bei den Steuereinnahmen

Schon in den Debatten Mitte Dezember 2015 hatte die CDU-Landtagsfraktion vor einem rund 500 Millionen Euro großen Steuerloch im Landesetat gewarnt. Doch das Finanzministerium mauerte.

Nun steht fest:

Anstatt der noch Mitte Dezember 2015 vom Finanzminister prognostizierten Steuereinnahmen hat das Land knapp 500 Millionen Euro weniger eingenommen. Das musste Finanzminister Walter-Borjans inzwischen auf unseren Druck einräumen.

Auswirkungen hat dies nicht nur für 2015 sondern auch für das laufende Jahr. Denn der Finanzminister hat ähnlich riskante Annahmen für 2016 getroffen.

Wann er erste Korrekturen an seinen Einnahmeerwartungen und der ohnehin hohen Neuverschuldung von derzeit 1,8 Milliarden Euro vornehmen muss, ist nur eine Frage der Zeit. Das zeigt einmal mehr, dass der Finanzminister seinen Haushalt nicht in Griff hat.

Zweite schwere Sicherheitspanne innerhalb einer Woche bringt Justizminister Kutschaty in Erklärungsnot

Nur wenige Tage nach der spektakulären Flucht eines Vergewaltigers in der Kölner Innenstadt ist am vergangenen Dienstag ein Häftling aus dem Landgericht Bochum geflohen. Bei dem Flüchtigen soll es sich um den Kopf einer georgischen Einbrecherbande handeln, dem wegen seiner Taten eine mehrjährige Haftstrafe drohte.

Nach dieser zweiten schweren Sicherheitspanne binnen nur einer Woche muss Justizminister Kutschaty der Öffentlichkeit erklären, wie es dazu kommen konnte. D

ie wenigen Ermittlungserfolge im Apparat von Herrn Jäger werden durch die Pannen in Herrn Kutschatys Zuständigkeitsbereich zunichte gemacht.

Landesregierung muss der Einstufung sicherer Herkunftsländer zustimmen

Die Landesregierung muss in der aktuellen Flüchtlingskrise im Bundesrat Farbe bekennen und darf sich nicht den notwendigen Maßnahmen in der Asylpolitik verweigern.

Die Ministerpräsidentin muss - ihren Worten entsprechend - den aktuellen Vorschlägen zur Beschleunigung der Asylverfahren sowie zur besseren Steuerung der Belastungen zustimmen.

Um die aktuell rasant steigenden Flüchtlingszahlen aus den Algerien, Marokko und Tunesien in den Griff zu bekommen ist es dringend notwendig nach mehreren Balkan-Ländern künftig diese nordafrikanischen Staaten zu „sicheren Herkunftsländern“ zu erklären.

So können die Asylverfahren deutlich beschleunigt werden und die Aufenthalte von Antragstellern aus diesen Staaten schneller beendet werden.

Dies ist mit Blick auf die extrem geringe Schutzquote und die steigenden Zugangszahlen notwendig.

Die Landesregierung müsste angesichts ihrer offenkundigen Probleme in der Zuweisungspraxis von Nordafrikanern ein hohes eigenes Interesse daran haben, dass diese Verfahren durch die Einstufung zu sicheren Herkunftsländern massiv beschleunigt werden.

Im Bundesrat muss Ministerpräsidentin Kraft mit der rot-grünen Landesregierung dem Gesetzentwurf zustimmen und darf sich nicht wieder auf den grünen Ministerpräsidenten Kretschmann verlassen, der für sie die Kohlen aus dem Feuer holt.

SPD und Grüne lehnen CDU-Forderung nach Body-Cams für die Polizei erneut ab

Obwohl zahlreiche Bundesländer ihre Polizei inzwischen mit Body-Cams ausgestattet haben, weigern sich SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen weiterhin, auch die Einsatzbeamten der Polizei NRW mit Schulterkameras auszurüsten.

Der Redner der Grünen-Fraktion behauptete in der Plenardebatte am Donnerstag sogar allen Ernstes, das Tragen von Body-Cams durch Polizeibeamte sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Dabei werden Body-Cams in den rot-grün regierten Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg bereits seit längerer Zeit erfolgreich getestet. Das schwarz-grün regierte Hessen, hat den Einsatz von Body-Cams kürzlich sogar vom Test- in den Regelbetrieb überführt.

Durch ihre erneute Ablehnung der CDU-Forderung nach Body-Cams für die nordrhein-westfälische Polizei gehen SPD und Grüne zudem erneut auf Konfrontationskurs mit den Polizeigewerkschaften.

Der GdP-Landesvorsitzende Plickert hat nach den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht erklärt, dass die Ausstattung der Polizei NRW mit Body Cams überfällig sei. Wenn die Kölner Polizei in der Silvesternacht mit Body-Cams unterwegs gewesen wäre, hätte man heute einen wesentlich genaueren Überblick über die Situation auf dem Bahnhofsvorplatz und bessere Aufnahmen von den Tätern, so Plickert.

Dass SPD und Grüne den Einsatz von Body-Cams in NRW vor diesem Hintergrund noch immer ablehnen, ist skandalös. Nachdem andere Länder bereits durchweg positive Erfahrungen mit solchen Kameras gemacht haben, bedarf es insbesondere auch keiner wissenschaftlichen Evaluierung des Body-Cam-Einsatzes mehr, wie es Vertreter von SPD und Grünen vorschlagen.

Innenpolitik findet nicht im Labor statt.

Wir brauchen eine Offensive für unsere Werte

Am 29. Januar 2016 debattierte Landtag Nordrhein-Westfalen zum Antrag von CDU und FDP „Werte des Zusammenlebens vermitteln - Demokratische Bildung stärken: mehr politische Bildung für Flüchtlinge“.

Die schrecklichen Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und anderen Großstädten haben auf dramatische Weise deutlich gemacht, dass unsere Werte des Zusammenlebens nicht von allen geteilt werden, die neu zu uns kommen.

Neben einer konsequenten Strafverfolgung gegen Rechtsverstöße, braucht es daher auch ein offensives Eintreten für die kulturellen Grundlagen des Lebens in Deutschland. Wir verlangen, dass diejenigen, zu uns kommen, die grundlegenden Werte unseres Zusammenlebens akzeptieren. Dafür müssen sich Bund und Land stärker als bisher engagieren. Wir brauchen mehr Orientierungsstunden innerhalb der vom Bund finanzierten Integrationskurse. Die rot-grüne Landesregierung muss zudem mehr liefern als bloß eine weitere Broschüre zum Grundgesetz. Unser Land braucht eine Offensive für die Vermittlung unserer Werte.

Die CDU-Fraktion macht mit ihrem Antrag der Landesregierung ein Angebot, damit Nordrhein-Westfalen wieder zum Motor der Integrationspolitik wird. Integrationsminister Schmeltzer muss mehr Ehrgeiz zeigen als sein Vorgänger. Ein erster Schritt dazu wäre gewesen, wenn er unsere Initiative aufgegriffen hätte.